



Arbeitsgruppe:
„Soziales Zusammenleben“

bisher beteiligt:
Bürgerhilfe Rodgau
DGB
ev. Kirchengemeinde NR
Kinderschutzbund
MunaVeRo (Verein für multinationale Verständigung)
Verein Frauen treffen Frauen
Privatpersonen

Wir suchen noch Mitstreiter, Sponsoren und Ressourcen (Spiel“räume“
und Flächen, Gebäude, Räume, geeignet zum Treffen und als Werk-
stätten).

Kontakt: Agendagruppe Soziales Zusammenleben,
c/o Verein für multinationale Verständigung Rodgau e.V.
Wiesbadener Str. 83, 63110 Rodgau
Tel: (06106) 733325, Fax: -886560
Email: ag21sozz@munavero.de

Agenda 21: Arbeitsgruppe „Soziales Zusammenleben“

Mitglieder:

Eleonore Elgner, Ingeborg Hoffmann, Peter Konrad, Detlef Loichen, Dr. Rudolf Ostermann, Sybille Stallmann-Beseler, Helga Stiller, Brigitte Teitzel

Mitarbeit am Arbeitspapier

Das Arbeitspapier ist ein Gemeinschaftswerk, das sicher an manchen Stellen in der Art der Darstellung und Formulierung noch individuell geprägt ist.

Die Grundsatzüberlegungen und Leitgedanken wurden in der Gruppe gemeinsam erarbeitet. Bei der Formulierung und Niederschrift der Gedanken für das Zusammenleben der Kulturen, der Generationen und das Zusammenleben in den Ortsteilen/ der Stadt haben wir uns die Arbeit in drei kleinen Gruppen aufgeteilt.

Die Schilderung der Ausgangslage, die Zusammenstellung der Wünsche und der kurz- und langfristigen Ziele wurden von Sybille Stallmann-Beseler und Helga Stiller erarbeitet bzw. redaktionell bearbeitet.

Helga Stiller hat auch im Anhang Gedanken aus unserer Diskussion über eine Begegnungsstätte für Alle festgehalten: „stellt Euch vor, wir bekommen ein Haus ..“ und die Ergebnisse des Agendamarktes ausgewertet. Zudem ist ihr das Kunststück gelungen, so gut wie jede „umkämpfte“ Formulierung durch leichte Abänderung für alle akzeptabel zu machen: Danke!

Peter Konrad hat neben der Mitarbeit bei der Formulierung der Präambel den drei Abschnitten zum Zusammenleben die „Zuständigkeiten“ hinzugefügt.

Der Abschnitt über die bisherige Arbeit der Gruppe, der Ausblick und die Bildanhänge stammen von Rudolf Ostermann, der auch die Überarbeitung und Zusammenfassung des gesamten Papiers in ein Dokument übernommen hat.

Unser Anliegen:

Die Agenda-Gruppe "Soziales Zusammenleben" setzt sich aus BürgerInnen zusammen, die alle schon in anderen Bereichen aktiv sind wie: ev. Kirchengemeinde, Verein für multinationale Verständigung, Frauentreff, Bürgerhilfe, DGB, Kinderschutzbund.

Damit ist in der Gruppe einiges an Wissen über die soziale Lage der verschiedenen Generationen, unterschiedlicher Kulturen und Religionen in Rodgau (bzw. dessen Stadtteilen) und deren besondere Bedürfnisse vereint.

Was ist in Rodgau zu tun für das nächste Jahrzehnt? Was können wir alle gemeinsam für die kommende Generation tun? Wie erreichen wir neben einer dauerhaften umweltgerechten Entwicklung unseres Ortes auch eine Weiterentwicklung der Gesellschaft und der sozialen Belange hin zu einer von gegenseitigem Verständnis getragenen partnerschaftlichen Gemeinschaft, die Voraussetzung für einen im Ganzen erfolgreichen Agenda-Prozess ist?

Die Agenda-Gruppe "Soziales Zusammenleben" versucht hierfür Wege aufzuzeigen. Sie ist sich darüber im Klaren, dass die von ihr vorgeschlagenen Maßnahmen nur Schritt für Schritt verwirklicht werden können. Sie sollten dennoch im Laufe der kommenden Legislaturperiode in Angriff genommen werden, damit der Agenda-Prozess für die Öffentlichkeit erfahrbar wird. Diejenigen Projekte, die bauliche Maßnahmen erfordern, sollten künftig bei der Ausweisung neuer Baugebiete von Anfang an eingeplant werden.

Präambel

Um eine nachhaltige Entwicklung für Rodgau zu erzielen, muss ein friedliches und angstfreies Zusammenleben von Generationen und Nationen/ Kulturen möglich sein.

Das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Altersgruppen, familiärer Bindung und Gewohnheiten, unterschiedlicher Auffassung der Geschlechterrollen, von Alteingesessenen der Ortsteile und Zugezogenen, von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen mit ihren je eigenen Bedürfnissen, verlangt gegenseitige Toleranz und die Bereitschaft zur Verständigung, bietet aber gleichzeitig die Chance für die Entwicklung einer lebendigen Gemeinschaft.

Die Arbeitsgruppe "Soziales Zusammenleben" hat es sich zum Ziel gesetzt, mehr Begegnungen zu ermöglichen und den Prozeß des Zusammenwachsens zu unterstützen.

Zusammenleben der Kulturen

Für ein friedliches Zusammenleben der Kulturen muß gegenseitige Toleranz gefördert und müssen Ängste und Vorurteile abgebaut werden. Die Menschen müssen besser lernen, die Bedürfnisse ihrer Mitbürger zu verstehen und zu akzeptieren. Begegnungen mit anderen Lebensweisen werden von vielen schon jetzt als eine große Bereicherung empfunden.

Im „Leitbild zur nachhaltigen Entwicklung der Stadt Rodgau“ heißt es dazu, dass Begegnungsmöglichkeiten für Menschen aus den unterschiedlichen Kulturen geschaffen werden sollen.

Das Zusammenleben der Kulturen wird unterstützt durch: (*Kursiv in Klammern werden für die Verwirklichung zuständige Gremien/ Personengruppen u. Institutionen genannt.*)

- Gemeinsame Treffpunkte für deutsche und ausländische Bürger (*Stadtplanungsamt, Ortsbeiräte, Kirchen, Vereine, Initiativgruppen*)
- Die Förderung des Berufseinstiegs, die die besonderen Probleme auch der ausländischen Jugendlichen berücksichtigt (*Rodgau-Forum, Arbeitsamt, Schulen, Schulsozialarbeit*)
- Erweiterung des Bildungsangebotes für ausländische Frauen (*VHS, Ausländerbeirat, Frauenbeauftragte, sonstige Vereine u. Organisationen*)
- Unterstützung für ausländische Mitbürger/Innen beim Umgang mit Behörden (*Sozialamt, Ausländerbeirat, örtliche Kirchengemeinden, Diakonie und Caritas, sonstige Vereine u. Organisationen*)
- Bessere Sprachförderung schon vom Kindergartenalter an (*Ausländerbeirat, Jugendabteilung, Fördervereine der Schulen, Kindergärten u. Träger, sonstige Vereine u. Organisationen*)
- Förderung der Integration in den Schulen (*Kreisschulamt, Schulsozialarbeit, Ausländerbeirat, Lehrer, Fördervereine der Schulen, Elternbeirat und SV*)
- Qualifizierte Betreuung deutscher und ausländischer Jugendlicher, z.B. in Form eines Jugendcafés mit eigenständigem Angebot für Mädchen (*Jugendabteilung, Kirchen, Vereine und Organisationen, Schulsozialarbeit*)
- Pflege eines regelmäßigen kulturellen Austausches (*Sport und Kulturamt, Ausländerbeirat, Schulen, Partnerschaftsvereine, sonstige Vereine u. Organisationen*)

Darüber hinaus erscheint uns wichtig, dass die Betroffenen an der Planung und Gestaltung ihres Umfeldes beteiligt werden, oder, wie es im Leitbild heißt, dass eine „Kultur für Bürgerbeteiligung geschaffen wird“.

Zusammenleben der Generationen

Die Arbeitsgruppe sieht ein verständnisvolles Zusammenleben der Menschen aller Altersstufen als ein wichtiges anzustrebendes Ziel an, ohne das andere gemeinschaftliche Projekte nicht auf Dauer funktionieren können. Dafür sollen die Rahmenbedingungen in Rodgau verbessert werden. Bestehende starre Abgrenzungen zwischen Jung und Alt möchten wir in allen Bereichen nach Möglichkeit abbauen oder zumindest durchlässig machen. Gemeinschaftliches Zusammenleben von Jung und Alt mit Nachbarschaftshilfe bietet viele Möglichkeiten der gegenseitigen Unterstützung. Dabei müssen allerdings die besonderen Bedürfnisse alter und junger Menschen beachtet und für alle Gruppen Rückzugsbereiche erhalten bleiben oder geschaffen werden, in denen sie auch mal für sich sein können.

Um das Zusammenwachsen von Familien/ Kindern und Alten zu einer Gemeinschaft zu fördern bedarf es sehr vielfältiger Aktivitäten. Wir haben – ohne Anspruch auf Vollständigkeit – stichpunktartig einige Ideen zusammengetragen, die es noch eingehender zu diskutieren und auszuarbeiten gilt. Dazu gehört auch, wie bereits im Leitbild der Agenda beschrieben, dass die sozialen Aktivitäten miteinander vernetzt werden.

Wichtig erscheint uns:

- Gezielte Förderung von Kontakten und Begegnung (Hemmschwellen überwinden) (*städtische? „Moderatoren“ z. B. zur Durchführung von Stadt(teil) und Straßenfesten; Kirchen, Bürgerhilfe, Frauentreff, Literaturtreffs (Lesecafé), Theater/ Laienspielgruppen, Initiativgruppen, Vereine*)
- Schaffung und Gestaltung von Treffpunkten zur Integrationsförderung (*Stadtplanung, Ausländerbeirat, Ortsbeiräte, Initiativgruppen, Kirchen und Vereine*)
- Betreuung vor/ nach Kindergarten oder Schule, z.B. durch Senioren (*Jugendabteilung, Bürgerhilfe, gemeinsame Initiativen von z.B. Frauenzimmer und Seniorenclubs*)
- Wohnortnahe Versorgung (*Stadtplanung, Wirtschaftsförderung, Ortsbeiräte*)
- Nachbarschaftshilfe (wechselseitig) (ggf. *Vermittlung: Bürgerhilfe, private Initiativen*)
- Gemeinsamer "Mittagstisch" (*Räumliche Voraussetzungen: Stadtplanung, Bauamt. Organisation: Jugendabteilung, Sozialamt, Moderatoren, gemeinsame Initiativen z.B. von Seniorenclubs, Mutter-Kind Gruppen, Stadtteilinitiativen, Fördervereinen v. Schulen.*)
- Familien/ Kinder/ Jugend – Beratung (*Sozialamt, freie Träger: Caritas, Diakonie*)
- Generationen übergreifende Spiel - Sport- und Begegnungsmöglichkeiten z.B. Sportplätze - u. Schulhöfe öffnen, umgestalten zur Nutzung für alle. (*Kreisschulamt, Sport und Kulturamt, Fördervereine der Schulen, Elternbeiräte, Sportvereine, Stadtteil- und Nachbarschafts- Initiativen*)
- Integration junger und älterer Familien in bestehenden Wohngebieten (*DRK, Kirchen, Bürgerhilfe, Frauentreff, Seniorenclubs, Frauenzimmer, Stadtteil- Initiativen*)
- Kontakt/ Bildungsmöglichkeit Generationen übergreifend (nicht nur Seniorenreisen) (*Sport u. Kulturamt, VHS, Kirchen und Vereine*)
- Angepaßte Angebote für "jung denkende" Senioren (*Sport u. Kulturamt, VHS, Kirchen, Sport- und sonstige Vereine*)
- Generationen übergreifendes Wohnen (*Stadtplanung, Initiativen aus Agenda21*)
- Mobilität z.B. kleine Stadtbusse (*Stadtplanung, Stadtwerke, Nachbarschaftsinitiativen*)

Zusammenleben in den Stadtteilen und Zusammenwachsen der Stadtteile

Zum Wohlfühlen in einer lebendigen Nachbarschaft brauchen Menschen in ihren Stadtteilen vielfältige Kontaktmöglichkeiten, Räume für Begegnungen und Rückzug, Versorgungsmöglichkeiten, Entlastungs- und Betreuungsangebote. Diese Treffpunkte und Angebote müssen unter Einbeziehung der Beteiligten gestaltet werden.

Eine gute Verkehrsanbindung der Stadtteile untereinander sollte übergreifende Kontakte und Rodgau weite Nutzung von Angeboten auch durch weniger mobile Menschen ermöglichen. Im Leitbild zur Agenda wird als Voraussetzung für das angestrebte Zusammenwachsen der Stadtteile zu einer übergeordneten Stadtgemeinschaft ein mittelfristiges Verkehrskonzept gefordert.

Rodgau benötigt:

Mehr Freiräume (*Stadtplanung, Bauamt*)

- Spielstraßen/ Spielplätze/ Freizeitflächen (wie z.B. Badensee)
- offene Schulhöfe
- Bolzplätze
- informelle Treffpunkte
- Plätze zum Verweilen
- Rückzugsmöglichkeiten
- Verkehrsberuhigung
- Angstfreie Räume

Mehr Begegnungsmöglichkeiten

- Förderung von "Runden Tischen" (*Hauptamt, Ortsbeiräte, Stadt(teil)-Initiativgruppen, sonstige Organisationen*)
- Bürgerforen/ Stadtteilkonferenzen (*Hauptamt, Ortsbeiräte, Stadt(teil)-Initiativgruppen und interessierte Bürger*)
- Koordination der Betreuungsmöglichkeiten (*Verschiedene Ämter, Kirchen und freie Träger, Bürgerhilfe*)
- Einkaufsmöglichkeiten (*Wirtschaftsförderung, Stadtplanung*)
- Stadtteilzentren (*Stadtplanung, Ortsbeiräte, Bürger/ Stadt(teil)-Initiativgruppen*)

Stadtteil übergreifend auch:

- Vernetzung/ Verbindung zu den bestehenden Stadtteilen z.B.: Radwege, Stadtbusse mit Fahrten in kürzeren Taktzeiten, Spazierwege/Grünflächen (*Stadtplanung, Bauamt, Ortsbeiräte, Stadtwerke, RMV, Umlandverband*)
- Gleichrangigkeit der Sozialen,- Kulturellen,- Bildungsangebote in den Stadtteilen (*Sozialamt, Sport- und Kulturamt, VHS, Kulturinitiativen (z.B. Maximal), Kulturvereine*)
- Übergreifende gemeinschaftliche Angebote z.B. Feste, Märkte (*Moderatoren, verschiedene Ämter, IGEMOs/ Gewerbevereine, Kunst- und Kulturinitiativen, Kulturvereine, Stadt(teil)-Initiativgruppen*)

Ausgangslage in Rodgau:

Die Stadt hat sich bevölkerungsmäßig durch Zuzug insbesondere von Familien rasant entwickelt, entsprechend haben sich traditionelle soziale Strukturen stark verändert. Neben über lange Zeit gewachsenen Verbindungen durch die zahlreichen engagierten Vereine gibt es auch viele Menschen, für die Rodgau nur noch Schlafstadt ist. Die einzelnen Stadtteile wachsen eher langsam zusammen.

Bei der Planung der Neubaugebiete und auch in bestehenden Stadtteilen ist vieles vom grünen Tisch aus passiert. Es gibt zwar umfängliche Vorgaben angefangen für die Zahl der Parkplätze, Hausabstände bis zum Naturschutz aber keine "Kinderverträglichkeitsprüfung" und "Gemeinschaftsverträglichkeitsprüfung".

Es gibt kaum Planungsstrukturen, die die BürgerInnen mit einbeziehen außer gelegentlichen Einzelanhörungen, bei denen es aber oft um Einzelinteressen geht.

Es fehlt ein Stadtentwicklungskonzept. Bei Planung und Gestaltung der Stadt bisher zu wenig beachtet werden die Bedürfnisse der "Schwächeren" wie Kinder, Jugendliche, Senioren und ausländische MitbürgerInnen ohne besondere Lobby.

Eine Vielzahl von Teilplänen (Regionalplan, Landschaftsschutz, Wasserschutz, etc.) haben Rodgau fast vollständig "verplant", so dass kaum noch Freiräume bleiben, zumal die Stadt von Umgehungsstraßen regelrecht "umzingelt" ist. Einziger größerer Freiraum ist das Gebiet am Badensee.

Unser Vorgehen:

Neben ersten Versuchen, zu klären, welche ungenutzten Ressourcen für Spiel- und Freiräume in Rodgau noch vorhanden sind (in Gesprächen mit Städtischen Dienststellen, Hochbau und Planungsamt, sowie durch Ortsbesichtigungen zunächst beschränkt auf Nieder Roden und Rollwald) haben wir auch über den Tellerrand geschaut und Material darüber gesammelt, was die Menschen in anderen Orten zur Gestaltung und Verbesserung des sozialen Zusammenlebens zum Teil schon erfolgreich ausprobiert haben.

Wir haben uns in der Gruppe Gedanken über kurz- und langfristige Ziele zur Gestaltung einer lebenswerten gemeinsamen Zukunft in Rodgau gemacht und neben nüchtern sachlichen Überlegungen auch einige Visionen entwickelt.

Was den Menschen, bzw. den jeweiligen Gruppen in Rodgau fehlt, haben wir unter anderem durch Befragung und Gespräche bei der Kinderkarawane, beim Agendamarkt und weiteren Gelegenheiten versucht zusammenzutragen.

Am Beispiel Nieder Roden wurde geplant, Plätze für Begegnungen zu schaffen bzw. zu erweitern. Dabei galt unser Augenmerk allen Plätzen, die öffentlich nutzbar sind (insbesondere auch für 10-15jährige und Erwachsene/Senioren). Eine konkrete Planungsbeteiligung wurde mit dem Kindertreff begonnen und soll fortgeführt werden, wenn die Frage der Realisierbarkeit des Projekts positiv beantwortet werden kann.

Die Agendagruppe soziales Zusammenleben hat (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) angefangen zu sammeln, was den jeweiligen Gruppen in Rodgau fehlt

Die Kinder vermissen in ihrem Wohnumfeld:

Plätze zum Toben, Ballspielen, Skaten, Bäume klettern, Höhlen bauen, Matschen, Wasserspiele, Feuerplätze, Freiflächen ohne Hundekot, Spielplätze mit anregenden Spielmöglichkeiten. Den Kindern fällt selbst sicher noch viel mehr ein.

Jugendliche vermissen u.a.:

Plätze, an denen sie sich ungestört treffen können - öffentlich aber "abgeschirmt" überdacht und mit Sitzmöglichkeiten auch bei schlechtem Wetter. Partyräume, Jugendcafe mit zivilen Preisen oder ohne Verzehrzwang.

Kinderkarawane und Kinder- und Jugendbeirat haben schon einiges formuliert, was in Planungen einbezogen werden müßte.

Erwachsene vermissen u.a.:

Plätze und Straßen ohne Verkehr, angenehm zum Verweilen und Begegnen, zum Feiern und mehr, was jeweils stadtteilbezogen erarbeitet werden müßte.

Nicht so mobile und behinderte Menschen vermissen u.a.: barrierefreie Wege und Verkehrsmittel

Diese Liste ist zu erweitern: Die spezifischen Bedürfnisse von jungen und älteren Erwachsenen müssen noch im Detail erfragt werden, genauso wie die spezifischen Bedürfnisse unterschiedlicher Nationalitäten.

- Alle Beteiligten müssen stärker in die Planung und Gestaltung ihrer Nachbarschaft einbezogen werden.
- Viele gute Orte, die es gibt sind "verinselt", ohne Bezug zum Wohnviertel, für Vereinszwecke gebunden, für "dominierende" Gruppen reserviert, nicht öffentlich, nebeneinanderher wenn nicht gar gegeneinander.
- Begegnungen zwischen den Gruppen und Nationalitäten müssen aufwendig organisiert werden. Viele haben sich völlig zurückgezogen und "verlernt", miteinander umzugehen und auszukommen.

Es ist Zeit, umzudenken und neue Wege zu gehen:

- kleinräumig Foren zu schaffen, Menschen selber zu befragen (auch die Kinder),
- zu beteiligen in "Stadtteilkonferenzen", außerparlamentarisch (überparteilich),
- mehr Bürgerengagement zu fördern, bis zur praktischen Mitwirkung beim Aufbau und bei der Erhaltung/Pflege.

Ziel ist:

- Verbindungen zu schaffen,
- mehr gemeinsame Nenner zu finden,
- Plätze umzugestalten,
- Gemeinde-/Bürgerzentren, Sportplätze und auch Institutionen wie Schulen und Kitas anders zu nutzen, zu öffnen und zu beleben.

Wir sollten herausfinden und ausprobieren:

- wo decken sich die Interessen,
- was geht gemeinsam,
- was braucht jede Bevölkerungsgruppe für sich und "ungestört".

Unsere Vision: ein generationsübergreifendes (und für alle Nationen / Kulturen offenes) Zentrum in jedem Stadtteil!

Kurz - u. langfristige Ziele

Inbesondere:

- Kinder in den jeweiligen Wohngebieten an der Planung von Spielplätzen zu beteiligen, unter besonderer Berücksichtigung von Jungen u. Mädchen
- Ebenso Spielmöglichkeiten für Behinderte auf diesen Spielplätzen integrieren
- Vorhandene Spielplätze und Freiräume überprüfen, eventuell mit neuem Konzept je nach Bedarf für Kinder/ u. oder Erwachsene kreativer zu gestalten, mit Einbezug der Bürger und ausländischen Mitbürger
- Wasserspielplätze
- Wo es geht, Schulhöfe öffnen und neu gestalten, auch für Erwachsene
- Ebenso Sportplätze
- Offener Sportplatz für Tischtennis, Volleyball, Federball, Korbball, Boule etc. für alle Bürger möglichst in jedem Stadtteil
- Spielplatz / u. Sportplatzbeobachter (ähnlich wie die Landschaftsbeobachter) oder Patenschaften für Schulen, Kindergärten und Vereine für Spielplätze / u. Sportplätze, auch Nachbarschaftshilfe
- Ein Haus der Begegnung für jung und alt und alle Nationen/Kulturen für jeden Stadtteil
 - Offene Spieletreffs für jung und alt
 - Räumlichkeiten für ein Tanzcafe für jung und alt
 - Jugendgaststätte zu zivilen Preisen (Selbstorganisation)
 - Offener Aussenbereich für Jugendliche zum Feiern, Grillen, Sport treiben,(ab ca. 14 Jahre)
- Bei der weiteren Ausgestaltung des Badeseegeländes und der dortigen Infrastruktur sollten obige kurz und langfristigen Ziele berücksichtigt/ einbezogen werden.

Bisherige Arbeit und Ergebnisse der Gruppe:

- **Kontaktaufnahme mit Stadt (Bauamt) zur Information über Flächennutzung, verfügbare Freiflächen u. Gebäude, Städtische Grundstücke etc.**

Quintessenz für uns:

Informationen über (private) Gebäude sind nicht verfügbar.

Freiflächen: Fast nichts, was frei aussieht ist frei oder nicht zumindest durch übergeordnete Planungen (Landschaftsplan, Gewässerschutz, Regionalplanung/Umlandverband) gebunden oder mit Auflagen versehen.

Manche Flächen sind auf absehbare Zeit durch S-Bahn-Bau gebunden, werden möglicherweise später wieder verfügbar.

Verkürzt kann man feststellen: was dann noch bleibt, ist in Privatbesitz.

- **Ortsbegehungen zur Erkundung von Spielmöglichkeiten (Spiel/Sportplätze) und Begegnungsmöglichkeiten in Rodgau, mit erstem Erkundungsschwerpunkt Nieder Roden und Rollwald**

Ergebnis:

Vorhandene Möglichkeiten:

- Insgesamt existieren Spielplätze sehr unterschiedlicher Qualität und Ausstattung.
- Zahl, Ausstattung und Größe sind in den meisten Ortsbereichen nicht ausreichend. Dies gilt insbesondere im alten Ortskern Nieder Roden (Spielplatz nur auf Schulhof der Bürgerhausschule) und im Rollwald (ein Spielplatz).
- Spielplätze sind häufig nur für Kinder bis 12 Jahre zugelassen, wenige Tafeln dulden Kinder bis 14 Jahre.
- Plätze/ Einrichtungen für ältere Jugendliche fehlen.
- Ausstattung einiger Plätze beschränkt sich auf Begrünung und „globale“ Verbotsschilder.
- Absoluter Mangel herrscht an Bolzplätzen und Ballspielplätzen, die von allen ohne Zugehörigkeit zu einem Sportverein genutzt werden können.
- Rollwald: einziger Bolzplatz durch Baustelle blockiert.
- Nieder Roden: temporärer Platz zwischen Lichtenberg- und unterer Marktstraße wird als Bolzplatz genutzt, auf Gelände, daß für S-Bahn-Bau benötigt wird. Wegfall ist vorprogrammiert.

- Vorhandene Sportplätze / Ballspielfelder dürfen nicht genutzt werden.
- Außer Boule-Spielfeld am Puisseaux-Platz existieren im Ort keine von Erwachsenen nutzbaren Spiel-/ Begegnungsmöglichkeiten

Erweiterungsmöglichkeiten:

Nutzbare Freiflächen sind im Stadtgebiet sehr rar, in Nieder Roden bis auf wenige mögliche „Flecken“ höchstens am Ortsrand zu finden, aber dann in Privatbesitz. Die einzige größere Freifläche mit Zugriff der Stadt war am Badensee und ist durch Inanspruchnahme der Förderung und Einbettung in die Planung und Gestaltung des Umlandverbandes nicht mehr oder nur eingeschränkt in unsere Überlegungen einzubeziehen. Im Gebiet Toom/ Übergang nach Dudenhofen sind vorhandene Flächen weitgehend gebunden.

Sonstige Ortsrandbereiche sind als Grundstücke im Industriegebiet, als Gärten, Ackerland, Steuobstwiesen in Privatbesitz oder durch Auflagen gebunden.

Grundstücke in Stadtbesitz (und im Stadtkern) sind nach uns erteilten Auskünften nur ein Grundstück Schulstraße/Ecke Krümmingsweg und ein Teil des Bürgertreffs (wie wir zunächst annehmen mußten, der größere Teil, nach letzten Auskünften befindet sich dieser jedoch im Besitz der katholischen Kirche). Die Verwendung einer zentralen Fläche nahe der Bahnlinie (Ende Untere Marktstraße) steht zwar noch nicht fest, wird aber bestenfalls nach Fertigstellung des S-Bahn Baues verfügbar. Der Bereich des jetzigen Bolzplatzes zwischen Lichtenbergstraße und Unterer Marktstraße ist bereits für die Unterführung und Park- und -Ride Parkplätze verplant.

Im Stadtgebiet Nieder Roden sind daher kurzfristige Erweiterungen realistisch nur als Nutzungsänderung / -erweiterung bestehender Flächen (Schulhöfe, Sportplätze) vorstellbar. Grundsätzlich ist die Bereitstellung/ Schaffung von innerörtlichen Möglichkeiten der Verlagerung an die Peripherie vorzuziehen.

Inwieweit die Freifläche um das von der Stadt mit externen Investoren geplante sogenannte „Generationenzentrum“ bzw. das entsprechende Grundstück wegen des Scheiterns dieses Projektes zur Einrichtung von Spiel-/ Sport- oder Begegnungsstätten genutzt werden könnte (d.h. Besitz/ Zugriff der Stadt ? etc.) sollte noch geklärt werden.

- **Planung einer Neugestaltung des Bürgertreffs:**

In der Annahme, daß sich der größte Teil dieser Fläche im Eigentum der Stadt befindet, hatten wir begonnen, gemeinsam mit den Kindern des Kindertreffs Schulstraße eine Neugestaltung zu planen. Die Kinder haben Vorschläge gemacht und sogar ein Modell gebaut. Nachdem wir auf den Kirchenbesitz hingewiesen wurden, erfolgte eine Anfrage beim Pfarrer durch Frau Raschke (Kindertreff). Die Antwort klingt eher reserviert, der Vorschlag wurde aber auch nicht von vorneherein abgelehnt. Man zog sich auf die Feststellung zurück, Planungen müßten in Abstimmung mit der Stadt erfolgen. Ein Gespräch mit dem Gemeinderat muß daher unter Stadtbeteiligung erfolgen, damit Klarheit über Fortführung oder Beendigung des Projektes hergestellt werden kann. Ein Treffen war bereits zweimal angesetzt, ist aber bisher nicht zustande gekommen.

FR 06.05.2000



Rodgau 2000: Arbeitsgruppen stellen ihre Ideen vor

(das Pressefoto aus der FR zeigt das von den Kindern mit viel Liebe gestaltete Modell)

- **Öffnung von Schulhöfen:**

Bei unserer Ortsbegehung haben wir auch Flächen mit möglicher Nutzungserweiterung betrachte, unter anderem den Schulhof der Gartenstadtschule. Hier unterstützen wir nachdrücklich die Bestrebungen von Elternbeirat, Förderverein und Schulleitung, den Schulhof am Nachmittag zu öffnen. Wir hoffen, dass dies Beispiel „Schule macht“ !

Akzeptanz- Probleme bei Anwohnern von Spiel- und Sportplätzen:

Spiel- und Sportplätze und der damit verbundene Kinderlärm werden von Anwohnern mit eigenen Kindern im Spielalter i.a. geduldet. Bei vielen Anwohnern, deren eigene Kinder diesem Alter entwachsen / oder die bereits aus dem Haus sind, ist nur noch sehr geringe Akzeptanz oder Toleranz zu beobachten, bei manchen schlägt frühere Akzeptanz in völlige Ablehnung um. Ausländische Mitbürger sind dabei meist wesentlich toleranter gegenüber Kinderlärm, als deutsche.

Wie am Beispiel der gegenwärtig erprobten Öffnung des Schulhofs der Gartenstadtschule beobachtet, wird Ablehnung von Nachbarn sehr weiträumig artikuliert, d.h. auch nicht in unmittelbarer Nähe wohnende Bürger wehren sich vehement gegen Neueinrichtung, Erweiterung oder sogar Bestand an Spielplätzen. Vielfach wird dabei versucht, über tatsächliche oder angedrohte Beschwerden bei Behörden (Ordnungsamt, Kreis) die Einrichtung, Erweiterung oder Nutzung solcher Plätze zu verhindern oder einzuschränken.

Als Aufhänger/ Alibi-Argument wird häufig die Nutzung der Plätze durch ältere Jugendliche („Rowdies“) in den Abendstunden oder nachts gebraucht, man will ja nicht als „Kinderfeindlich“ erscheinen – nur den Lärm und die Kinder loswerden.

Die Behörden reagieren nach unserem Eindruck hier eher zu bereitwillig, manchmal ohne ausreichende Prüfung der Angemessenheit des Vorwurfs und vermeiden lieber lästige und langwierige Auseinandersetzungen mit den Beschwerdeführern.

Ruhe ist die erste Kinderpflicht / Spielplätze stören?

Beschwerden gibt es überall, aber nicht allen Beschwerden muß stattgegeben werden!

Spielplätze: Ruhezeiten beachten

Irgendwostadt (red) - Von Anwohnern städtischer Kinderspielplätze wird zunehmend Beschwerde über die „Krachmacher“ während der Ruhezeiten geführt. Dies nicht nur durch größere Kinder, die die Spielplätze noch nach 19.30 Uhr nutzen, sondern auch durch Jugendliche, die bis in die späten Abendstunden ihre Treffs hier abhalten.

Die Stadtverwaltung **Irgendwostadt** weist darauf hin, dass Ruhezeit von 13 bis 15 Uhr und ab 19.30 Uhr ist. Um unnötigen Ärger zu vermeiden, sollten die „Spielplatzbenutzer“ diese Zeiten einhalten. Die städtischen Hilfspolizisten in **Irgendwostadt** sind angewiesen, bei ihren Kontrollfahrten darauf zu achten.

Spielplätze sind geboten

Gericht weist Beschwerde wegen des Lärms zurück

Von Matthias Brunner

HERZBERG/GÖTTINGEN, 12. Januar. Spielplätze sind in Wohngebieten nicht nur zulässig, sondern sogar geboten. Das hat das Verwaltungsgericht Göttingen entschieden und damit die Klage eines Anwohners aus Herzberg gegen den Landkreis Osterode zurückgewiesen. Nachbarn müssten Beeinträchtigungen, die von Spielplätzen ausgehen, als „sozialadäquat“ hinnehmen. Lärmende Jugendliche seien kein Grund für eine Beseitigung. In einem solchen Fall müssten Polizei oder Sozialarbeiter für Abhilfe sorgen (Az: 2 A 2110/96).

Der Anwohner hatte dagegen geklagt, dass sich in unmittelbarer Nähe seines Grundstücks in Herzberg ein Spielplatz und eine angrenzende Ballspielwiese befänden. Die Lärmemissionen seien für ihn und die mit ihm in seinem Haus lebenden über 80-jährigen Eltern unerträglich. Die Metallrutsche werde als Trommel missbraucht; das Gekreische der Kinder sei nur bei geschlossenen Fenstern halbwegs

zu ertragen, seine Terrasse könne er überhaupt nicht mehr benutzen.

Ebenso wie der Landkreis Osterode und die Bezirksregierung Braunschweig, die den Widerspruch des Anwohners zurückwies, entschied das Verwaltungsgericht Göttingen, dass ein Kinderspielplatz innerhalb eines Wohngebietes für eine altersgemäße Entwicklung der dort lebenden Kinder wünschenswert und erforderlich sei. Deswegen könne der Anwohner keine baurechtlichen Argumente gegen einen Spielplatz geltend machen. Auch das Argument, der Spielplatz werde überwiegend von älteren Jugendlichen „zum Lärmen, Alkohol- und Drogenkonsum“ genutzt, zog nicht.

In einem solchen Fall sei nicht die Beseitigung des Spielplatzes die geeignete Maßnahme, vielmehr kämen häufigere Kontrollen durch die Polizei oder möglicherweise ein gezielter Einsatz von Sozialarbeitern in Betracht, „um den Bewegungs- und Tatendrang der Jugendlichen, die den Spielplatz bestimmungswidrig nutzen, zu kanalisieren“.

Ausblick:

Für die Leitlinien und ein übergreifendes Konzept zur nachhaltigen Fortentwicklung der Agenda21 in Rodgau haben wir in unserem Papier die vorstehenden Grundgedanken und Voraussetzungen zur Förderung eines gedeihlichen und friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen Kulturen, der Generationen, der Menschen in der engeren Nachbarschaft ihrer Ortsteile und auch der Stadteile untereinander festgehalten.

Das soziale Zusammenleben im Sinne der Agenda nachhaltig für alle zu fördern und zu verbessern eröffnet ein weitgefächertes langfristiges Arbeitsfeld. Mit unseren grundsätzlichen Überlegungen und der Fixierung als Leitgedanken sehen wir die Aufgabe der Gruppe bei weitem nicht als erfüllt an.

Die Arbeit hat erst begonnen. Viele Dinge müssen noch im Detail betrachtet und ausgearbeitet werden, das zusammengetragene Material ist zu sichten und zu bewerten und in einer weitergeführten Dokumentation aufzunehmen, wozu uns bisher die Zeit gefehlt hat.

Auch der Anhang zu diesem Papier ist gegenwärtig nicht vollständig und bedarf noch der Ergänzung. Er kann nur in Teilbereichen Einblick in unsere Arbeit geben und durch das gezeigte Bildmaterial einen Teil unserer bisherigen Erfahrungen weitervermitteln.

Fazit:

Wenn das Stadtparlament sich entschließt, die Leitlinien und Grundgedanken der Agendagruppen zu akzeptieren und mit zu vertreten, muss aus unserer Sicht die Arbeit der Gruppe Soziales Zusammenleben auf alle Ortsteile ausgeweitet fortgeführt werden und in viele konkrete Projekte überall in Rodgau einmünden – aber dazu bedarf es einer breiteren Basis als bisher.